

# KLIMA KOMPAKT



Deutschland muss sich für ein höheres EU-Klimaziel einsetzen

## **Warum ein 30-Prozent-EU-Klimaziel für 2020?**

EU-Kommission veröffentlicht Analyse zu erhöhtem Emissionsreduktionsziel bis 2020

## **30-Prozent-Ziel: Faire Kosten- und Nutzenverteilung möglich**

EU-Emissionshandel in der Krise

## **Schnelle Reform des Zertifikatehandels unabdingbar**

### *Europas Klimaschutzziel: Zeit für 30 Prozent*

Am Freitag (9.3.12) berät der Umweltministerrat über eine Erhöhung des Emissionsreduktionsziels bis 2020 von derzeit 20 auf 30 Prozent. Ein Beschluss in den nächsten Monaten ist nicht nur entscheidend, um das europäische Klimaschutzziel von 80-95 Prozent bis 2050 erreichen zu können. Das Emissionshandelssystem, das Flaggschiff der europäischen Klimaschutzstrategie, steht auf dem Spiel.

Ohne die notwendige Zielverschärfung sendet der inzwischen marginale CO<sub>2</sub>-Preis keine Signale für die dringend notwendigen Investitionen aus. Zugleich ist das von den Auktionserlösen gespeiste Finanzierungsmodell für die deutsche Energiewende und den internationalen Klimaschutz grundlegend gefährdet.

Nach langem Zögern tendiert Deutschland – mit vielen anderen EU-Staaten – vorsichtig dahin, das 30-Prozent-Ziel zu unterstützen. Doch ein Veto droht aus Polen und anderen osteuropäischen Mitgliedsstaaten. „Nur auf Ebene der Regierungschefs kann das gelöst werden“, signalisiert die deutsche Botschaft in Warschau. Die Kanzlerin ist gefragt. Sie muss erklären, wie wichtig die Zielerhöhung für 2020 sowie Ziele für 2030 und 2040 sind. Andererseits muss sie dies in eine Strategie einbetten, die – auch für Polen – zu mehr Energiesicherheit, Investitionen und Arbeitsplätzen führt.

*Christoph Bals, Oldag Caspar, Tobias Pforte-von Randow, Susan Weide*

## Deutschland muss sich für ein höheres EU-Klimaziel einsetzen

### Warum ein 30-Prozent-EU-Klimaziel für 2020?

**Die EU hat sich 2008 verpflichtet, ihren Treibhausgasausstoß bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 20 Prozent zu senken. Vier Jahre (und eine Wirtschaftskrise später) wird deutlich: Dieses Ziel war zu niedrig. Wenn das EU-Klimaziel für 2020 nicht auf mindestens 30 Prozent angehoben wird, bedeutet das zahlreiche Nachteile für die EU, Deutschland und den Klimaschutz.**

*Germanwatch dokumentiert Auszüge aus einem von Germanwatch für die Klima-Allianz verfassten Papier*

#### **„1. Der EU-Emissionshandel steht vor dem Kollaps.**

Der Handel mit CO<sub>2</sub>-Verschmutzungserechtigkeiten ist eines der zentralen Instrumente europäischer Klimaschutzpolitik. [...] Doch [er] droht zu kollabieren. Die Industrie hat über die Jahre immer mehr ungenutzte Emissionserechtigkeiten angehäuft, so dass der Zertifikatspreis massiv eingebrochen ist. Gründe dafür waren die jüngste Wirtschaftskrise [...] und ganz erheblich das erfolgreiche Lobbying großer energieintensiver Unternehmen. [...] Der beste, weil für Investoren klarste Weg [für die Nachbesserung des Emissionshandels] wäre eine schnelle Aufstockung des EU-Klimaziels bis 2020 und ein ambitioniertes, verbindliches Ziel für 2030.

#### **2. Finanzierung der Energiewende bricht ein.**

Das Gelingen der deutschen Energiewende ist stark abhängig von den Erlösen aus der Versteigerung der Verschmutzungsrechte im Rahmen des EU-Emissionshandels. Bleibt es beim schwachen 20-Prozent-Klimaziel der EU, verliert die Bundesregierung durch die extrem niedrigen Zertifikatspreise im Vergleich zu den erwarteten Erlösen ab 2013 jährlich Einnahmen in Milliardenhöhe.

#### **3. Versprochene internationale Klimafinanzierung in Frage gestellt.**

Deutschland sowie alle weiteren Industrieländer haben sich auf den Klimagipfeln in Kopenhagen und Cancún verpflichtet, die Entwicklungs- und Schwellenländer im Klima- und Regenwaldschutz sowie bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. [...] Wenn es beim EU-

Klimaziel von 20 Prozent und den dadurch extrem niedrigen Zertifikatspreisen bleibt, ist nicht absehbar, wie Deutschland und die EU ihren Anteil an der internationalen Klimafinanzierung werden leisten können.

#### **4. Deutsches 40-Prozent-Klimaziel mit EU-20-Prozent-Ziel nicht erreichbar.**

[...] Mit dem niedrigen 20-Prozent-Ziel der EU wird das [deutsche 40-Prozent-Emissionsreduktionsziel] kaum möglich sein, da die deutsche Industrie ihren Klimaschutzbeitrag im Rahmen des Ziels für den EU-Emissionshandel gesetzt bekommt. Die Industrie erhält also so viele Zertifikate, wie nötig sind, um damit zum niedrigen EU-weiten 20-Prozent-Ziel beizutragen. [...]

#### **5. Investitionsschub zur Abwendung einer lang anhaltenden EU-Wirtschaftskrise bleibt ungenutzt.**

Ein EU-weites 30-Prozent-Ziel sowie ein ambitioniertes Ziel für 2030 wäre ein für viele Wirtschaftssektoren wichtiges Signal, dass sich Investitionen in Zukunftsmärkte lohnen. [...]

#### **6. Die UN-Klimaverhandlungen kommen zu langsam voran.**

Die Klimaverhandlungen in Durban wurden am Ende von einer Allianz der EU mit den vom Klimawandel am meisten gefährdeten Staaten gerettet. [...] Zwingende Voraussetzung [für eine festere Form dieses Bündnisses] ist, dass die EU [...] spätestens im Dezember 2012 bei den Vereinten Nationen ein Reduktionsziel für die nächste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls einreicht, das zwischen 25 und 40 Prozent liegt.

#### **7. EU-Klimaziel für 2050 ohne höheres Zwischenziel kaum erreichbar oder viel teurer.**

Die EU will ihren Treibhausgasausstoß bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 senken. [...] Bleibt es bei den völlig ambitionslosen 20 Prozent für 2020, müssten die Dekarbonisierungsbemühungen danach dermaßen verstärkt werden, dass das Erreichen des Endziels – sofern überhaupt noch möglich – sehr viel teurer würde. [...]"

Vollständige Version:  
[www.germanwatch.org/klima/30-prozent-ziel.pdf](http://www.germanwatch.org/klima/30-prozent-ziel.pdf)

EU-Kommission veröffentlicht Analyse zu erhöhtem Emissionsreduktionsziel bis 2020

**30-Prozent-Ziel: Faire Kosten- und Nutzenverteilung möglich**

Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise und die damit verbundenen Emissionsreduktionen ist das 2008 vereinbarte Ziel der EU, Emissionen bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 20 Prozent zu reduzieren, heute schon in Reichweite.

Ein 30-Prozent-Ziel für 2020 ist nicht nur realistisch, sondern nach Analysen der Kommission auch für alle Mitgliedstaaten günstiger als angenommen. Die proportional höheren Investitionen in Mitgliedstaaten mit geringerem Einkommensniveau könnten u. a. durch das Beiseitelegen von Zertifikaten („Set Aside“) ausgeglichen werden.

*Germanwatch dokumentiert Auszüge aus dem Arbeitspapier der EU-Kommission zu den Auswirkungen eines gesteigerten Emissionsreduktionsziels auf die Mitgliedstaaten (vom 1.2.2012).*

„Im Jahr 2008 verabschiedete die EU das Klima- und Energiepaket („Paket“), um ihre Ziele für 2020 – Reduktion der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 und Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien auf 20 Prozent – zu erreichen. Im Mai 2010 stellte die Kommission ihre Analyse vor, wie man das 20-Prozent-Emissionsreduktionsziel auf 30 Prozent erhöhen könnte. [...]

Im Oktober 2010 forderte der Rat die Kommission auf, dazu weitere Optionen auszuarbeiten. [...] Im vorliegenden Papier wird dieser Forderung nachgekommen, wobei den Effekten eines erhöhten Reduktionsziels auf der Mitgliedstaatenebene besondere Beachtung geschenkt wird. [...] Das 30-Prozent-Reduktionsszenario setzt sich zu 25 Prozent aus Reduktionen durch nationale Maßnahmen sowie 5 Prozent Reduktionen durch die Verwendung von internationalen Emissionsreduktionsgutschriften zusammen. [...]

**Kosten und Nutzen des Klima- und Energiepakets**

Vom Paket wurde angenommen, dass es wesentliche Impulse für Innovation, Wachstum und Arbeitsplatzbeschaffung setzen würde. Seit seinem Inkrafttreten hat die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise diese Hoffnungen aller-

dings gedämpft. [...] Seit 2008 führte die Krise zu signifikanten Emissionsreduktionen sowie einer großen Anhäufung von geparkten Zertifikaten und ungenutzten Reduktionsgutschriften im EU-Emissionshandelsystem (ETS), was den Zertifikatepreis in den kommenden Jahren trotz des prognostizierten Wirtschaftswachstum drücken wird. [...] Infolgedessen ist das für 2020 anvisierte Reduktionsziel heute schon in Reichweite: 2010 waren die Emissionen in der EU-27 bereits 14 Prozent unterhalb des Niveaus von 1990 (inklusive Flugemissionen). Somit wurde der wichtigste Zusatznutzen des Pakets, nämlich eine Niedrigkohlenstoff-Transformation sowie Innovationen anzustoßen, komprimiert. [...]

Die vorliegende Analyse zu den einzelnen Mitgliedstaaten zeigt, dass eine kosteneffiziente Implementierung des Pakets für ALLE Mitgliedstaaten wesentlich günstiger ist, als ursprünglich angenommen [...].

**30-Prozent-Reduktionsszenario: Kosten und Nutzen**

Sowohl das 20-Prozent-Reduktionsziel als auch das 30-Prozent-Szenario sind weniger kostspielig, als noch 2008 angenommen. [...]

*Kosteneinsparungen*

Für die EU als Ganze würde ein 25-Prozent- statt 20-Prozent-Reduktionsziel für 2020 im Zeitraum 2016-2020 jährlich durchschnittlich 20 Mrd. € an Kraftstoffkosten einsparen, davon 9 Mrd. durch niedrigere Öl- und Gasimporte. Außerdem müssten im Vergleich 2,7 Mrd. € weniger für Luftverschmutzungskontrollkosten ausgegeben werden und es entstände aufgrund einer reduzierten Sterblichkeitsrate ein zusätzlicher EU-weiter Gesundheitsnutzen von 3,4-7,9 Mrd. € jährlich, beides v. a. in Mitgliedstaaten mit geringerem Einkommensniveau.

*Investitionsbedarf*

Verglichen mit dem 20-Prozent-Reduktionsziel würde eine 25-Prozent-Reduktion zusätzliche Investitionen von jährlich 18 Mrd. € in das Energiesystem über den Zeitraum 2016-2020 erfordern. [...]

**Gleichbehandlung der Mitgliedstaaten sicherstellen**

Wie im Falle des aktuellen 20-Prozent-Reduktionsziels wäre bei einer Erhöhung auf 30 Prozent der zusätzliche Investitionsbedarf in Mitgliedstaaten mit geringerem Einkommensniveau proportional höher. [...] Die vorliegende Analyse schlägt Mechanismen vor, die das Potenzial haben, diese Unterschiede auszugleichen.

Erstens kann die Reduzierung der Anzahl versteigerter Zertifikate im ETS zur Erreichung des 30-Prozent-Ziels – bei stärker steigenden Kohlenstoffpreisen im Vergleich zur Zertifikatsreduktion – insgesamt zu höheren Versteigerungseinkommen führen. [...] Je mehr die Mitgliedstaaten mit höherem Einkommensniveau zu dem Beiseitelegen („Set Aside“) der Zertifikate beitragen, desto mehr würden die Versteigerungseinkommen der Mitgliedstaaten mit niedrigerem Einkommensniveau steigen. [...] Zweitens würde ein höheres Ambitionsniveau auch größere Emissionsreduktionsanstrengungen in den nicht vom ETS abgedeckten Sektoren erfordern. Den flexiblen Mechanismen im Nicht-ETS-Bereich würde eine deutlich wichtigere Rolle zukommen. Dies würde Mitgliedstaaten, die weniger Anstrengung aufwenden müssen, um die Ziele in den Nicht-ETS-Sektoren zu erreichen – oft Staaten mit geringerem Einkommensniveau – zusätzliche Anreize geben, ihre Ziele zu übertreffen. Diese Übererfüllung könnte dann im Gegenzug für finanzielle Transfers an andere Mitgliedstaaten weitergegeben werden. [...]

Zusammengefasst scheint es – unter Berücksichtigung der geschätzten Auswirkungen für jeden Mitgliedstaat sowie der jeweiligen nationalen Gegebenheiten – potenzielle Mechanismen zu geben, die – individuell oder in Kombination – eine gleichmäßige Verteilung von Kosten und Nutzen zwischen den Mitgliedstaaten sicherstellen würden, wenn die politische Entscheidung für ein neues, höheres Reduktionsziel bis 2020 fällt.“ (Übersetzung durch Germanwatch) Quelle: [http://ec.europa.eu/clima/policies/package/docs/swd\\_2012\\_5\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/clima/policies/package/docs/swd_2012_5_en.pdf)

EU-Emissionshandel in der Krise

**Schnelle Reform des Zertifikatehandels unabdingbar**

**Nicht nur die europäischen Finanzen, auch der EU-Emissionshandel steckt in einer tiefen Krise. Es bedarf dringend kurz- und langfristiger Lösungen, um das Herzstück der EU-Energie- und Klimapolitik zu retten. Sonst drohen hohe Extrakosten und ein Glaubwürdigkeitsverlust der EU.**

*Germanwatch dokumentiert Auszüge aus einem Artikel von Thomas Spencer und Emmanuel Guérin (beide Institut du Développement durable et des relations internationales, IDDRI; Spencer arbeitete von 2008 bis 2010 als Klimapolitikexperte bei Germanwatch).*

„Im europäischen Energiesektor existiert weitreichender Konsens, dass der EU-Emissionshandel (Emission Trading System, ETS) schwächelt. Im Schatten der Wirtschaftskrise fielen die Preise im ETS auf neue Rekordtiefs und erreichten im letzten Quartal 2011 durchschnittlich nur 9 € pro Zertifikat. Mehr als 1 Mrd. ungenutzte Emissionserlaubnisse haben sich angehäuft. Es ist nicht zu erwarten, dass die Nachfrage nach den Erlaubnissen das Angebot vor 2020 übersteigt. [...]

Das ETS hat zwei wesentliche Ziele. Erstens soll es kurzfristige Emissionsreduktionen profitabel machen und zweitens zu glaubwürdigen langfristigen Erwartungen bzgl. zukünftiger Kohlenstoffknappheit beitragen. [...] Analysen zeigen aber, dass das ETS im Hinblick auf Emissionsreduktionen [wegen der niedrigen Preise – Anm.

Germanwatch] kaum eine Rolle spielt. Gleichzeitig hat es nur unzureichenden Einfluss auf langfristige Investitionen und Innovationen. [...]

Ein Versagen des ETS hätte weitreichende Konsequenzen für den europäischen Energiesektor und die EU als Ganze. Vier entscheidende Dinge stehen auf dem Spiel. Erstens kommt auf den EU-Energiesektor in naher Zukunft ein großer Investitionszyklus zu. [...] Wichtig ist, jetzt sicherzustellen, dass die Politik diese den Energiesektor über die nächsten 30 bis 40 Jahre prägenden Investitionsentscheidungen in die richtigen Bahnen lenken kann. [...] Zweitens droht aufgrund der aktuellen Schwäche und geringen Glaubwürdigkeit des ETS die Renationalisierung der EU-Klimapolitik. Eine fragmentierte und unkoordinierte Klimapolitik in der EU wäre jedoch teurer und weniger effektiv. [...] Drittens macht Europas geschlossenes Auftreten auch seinen internationalen Einfluss in der Klimapolitik aus. Das ETS ist eine wichtige internationale Messlatte für die EU-Klimapolitik und wird sehr aufmerksam in jenen Ländern beobachtet, die eigene Klimaschutzinstrumente aufbauen wollen. [...] Viertens wird das ETS [über die Erlöse durch die Auktionierung der Zertifikate – Anm. Germanwatch] für den Zeitraum 2013-2020 eine wichtige Einnahmequelle für die Regierungen sein. [...]

Die Schwäche des ETS liegt zum ei-

nen im schwachen und volatilen Preissignal durch das derzeitige Überangebot an Zertifikaten. Zweitens fehlt ein klares Konzept für die Zeit nach 2020. Drittens fehlen institutionelle Prozesse und Mechanismen, die in Zukunft auf glaubhafte Art Korrekturen am ETS sicherstellen würden. [...]

Die meistdiskutierte kurzfristige Reformoption ist die eines „Set Aside“ („Beiseitelegen“), in dessen Rahmen eine Anzahl von Emissionszertifikaten im Zeitraum 2013-2020 zurückgehalten würden. [...] Allerdings könnte die Kommission nicht über die endgültige Stilllegung oder Rückholung der Zertifikate nach 2020 entscheiden. [...] Der zweite Ansatz wäre, präzise und glaubhafte Preissignale über die Kohlenstoffverknappung nach 2020 auszusenden. Das erfordert den Start eines Prozesses zur Festlegung der EU-Klima- und Energieziele für 2030. [...] In Kombination würden beide Maßnahmen den Marktteilnehmern demonstrieren, dass die EU kurz- und langfristige Schwächen im ETS bekämpft.

Schlussendlich muss die EU glaubhafte, langfristige Prozesse entwickeln, um das ETS zu managen. Das britische Klimawandelkomitee sowie die australische Klimawandelbehörde sind Beispiele unabhängiger beratender Institutionen, wie sie möglicherweise auch für die EU in Betracht kommen.“

(Übersetzung durch Germanwatch)

Quelle:

[www.europeanenergyreview.eu/site/pagina.php?id=3478](http://www.europeanenergyreview.eu/site/pagina.php?id=3478)

**Redaktion**

Christoph Bals (V.i.S.d.P.), Oldag Caspar, Tobias Pforte-von Randow, Susan Weide, Charlotte Cuntz, Katrin Fillies, Gerold Kier

**Herausgeber**

Germanwatch e.V.

Büro Bonn · Kaiserstr. 201 · D-53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 60 49 2-0, Fax -19  
E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Büro Berlin · Schiffbauerdamm 15 · D-10117 Berlin  
Tel. 030 / 28 88 356-0, Fax -1  
E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft AG,  
BLZ 100 205 00, Konto Nr. 32 123 00

**KlimaKompakt-Download und E-Mail-Abo:**

[www.germanwatch.org/kliko](http://www.germanwatch.org/kliko)

Diese Veröffentlichung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein Germanwatch verantwortlich. Der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Zuschussgeber angesehen werden.

